



**Bericht über Verfolgungssituationen in Syrien, im Libanon, in Ägypten und im Nordirak**

Bericht in der Sitzung der 15. Landessynode am **29. November 2017**

Verehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Landesbischof, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder,

### **1. Vorbemerkungen**

der diesjährige Bericht legt den Schwerpunkt auf Indonesien und berichtet über eines der bevölkerungsreichsten Länder, in denen Religionsfreiheit massiv eingeschränkt ist und auch Christen unter Diskriminierung und Verfolgung leiden. Irak, Libanon und Ägypten werden ebenfalls im Mittelpunkt stehen. Andere Länder sind eher kürzer erwähnt.

### **2. Schwerpunkt Indonesien**

Indonesien ist weithin bekannt als Land der Inseln, denn es besteht aus mehr als 17.000 Inseln, von denen gut ein Drittel bewohnt ist. Das Land mit seinen 255 Millionen Einwohnern ist nach wie vor das Land mit der weltweit größten Zahl von Muslimen, etwa 88% der Bevölkerung bekennen sich zum Islam. Gemäß der „Pancasila“ genannten Staatsideologie müssen sich alle Bürger zu einer der fünf anerkannten Religionen bekennen: Islam, katholisches oder evangelisches Christentum, Konfuzianismus, Buddhismus oder Hinduismus. Indonesien folgt bislang einer relativ moderaten oder toleranten Auslegung des sunnitischen Islam, welche als für das Land speziell angesehen wird, dem sogenannten „Islam Nusantara“, übersetzt „dem Islam des Archipel“. In dieses Verständnis flossen lokale Traditionen ein, wobei in den letzten Jahren allerdings auch die Frage aufkam, was diese Variante des Islam für den Umgang mit den inner-islamischen Minderheiten wie Schiiten und Ahmadis bedeutet, zumal letztere nicht anerkannt sind und verfolgt werden.

Aufgrund der Größe und Vielfalt Indonesiens ist es schwierig, über die Lage der christlichen Minderheit allgemeine Aussagen zu treffen. Ganz grundsätzlich kann man allerdings sagen, dass die radikaleren islamischen Kräfte im Land an Stärke zunehmen und Christen daher mit weiteren Einschränkungen rechnen müssen. Dies gilt schon seit längerer Zeit für Christen, die im indonesischen Bundesstaat Aceh leben, in welchem als einzigem Staat das Scharia-Recht gilt. Aceh ist manchen von uns noch im Gedächtnis weil es das Zentrum der furchtbaren Zerstörungen im Zusammenhang mit dem Tsunami am 26. Dezember 2004 war. Nachdem bereits im Oktober 2015 in der Provinz Aceh Singkil elf Kirchengebäude verschiedener Denominationen zerstört wurden und die Zerstörung weiterer angedroht wurde, treffen sich die Kirchenmitglieder entweder gar nicht mehr oder nach wie vor in Zelten

Nicht nur in Aceh, auch auf der Insel Java, auf der mehr als die Hälfte der Einwohner Indonesiens leben, erheben radikale Muslime zunehmend ihre Stimme gegen Christen. Nach einem Regierungsdekret aus dem Jahr 2006 müssen zur Registrierung einer Gemeinde bzw. zum Bau eines Kirchengebäudes verschiedene Bedingungen erfüllt sein. So muss die Gemeinde mindestens 90 Mitglieder haben, mindestens 60 andersgläubige Anwohner müssen dem Kirchenbau per Unterschrift zustimmen und auch der Bezirksvorsteher sowie das örtliche Forum für interreligiöse Einheit müssen zustimmen. Doch selbst wenn diese zeit- und arbeitsintensiven

Voraussetzungen erfüllt sind, ist dies keine Garantie, dass ein Gebäude errichtet und dann auch genutzt werden darf. So haben etwa die Yasmin Internationale christliche Kirche (GKI) aus Bogor in West Java sowie die Batak Christliche Kirche (HKBP) Philadelphia aus dem Bezirk Bekasi bereits das fünfte Osterfest aus Protest vor dem Präsidentenpalast in Jakarta gefeiert. Radikale muslimische Organisationen hatten ihnen trotz der Erfüllung aller Voraussetzungen verwehrt, in die bereits errichteten Kirchengebäude einzuziehen. Im Fall der Yasmin Kirche in Bogor hatte der damalige Bürgermeister das Gebäude versiegelt und eine entgegenstehende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs einfach ignoriert. Nach nunmehr mehr als fünf Jahren zeichnet sich endlich eine Lösung ab, wonach die Kirche eröffnet werden darf, wenn direkt daneben auf demselben Grundstück eine Moschee eröffnet wird. In Bogor wurden allerdings erst im März 2017 nach Drohungen durch radikale Muslime auf behördliche Anordnung drei weitere Kirchengebäude geschlossen, die von den Methodisten, der Huria Batak Kirche und den Katholiken genutzt wurden.

Die Aussage, dass in Indonesien der Einfluss radikaler muslimischer Gruppierungen zunimmt, ist nicht nur eine Behauptung, sondern wird von vielen Beobachtungen gestützt. So fand am 13. Januar 2016 der erste durch den „Islamischen Staat“ inspirierte Selbstmordanschlag in Südostasien auf ein Café in Jakarta statt. Und auch Christen blieben von Gewalt nicht verschont. Während das Messerattentat auf einen Priester im August 2016 in Medan, Provinz Nord-Sumatra, relativ glimpflich verlief, war dies bei einem Angriff im November 2016 leider nicht mehr der Fall. Am 13. November 2016 wurde ein Molotov-Cocktail auf die Oikumene-Kirche in Samarinda, Provinz Ost-Kalimantan geworfen. Dabei kam die zweijährige Intan Olivia Banjarah ums Leben, drei andere Kleinkinder, die vor dem Kirchengebäude spielten, wurden verletzt. Alle Kinder erlitten mittlere bis schwere Brandverletzungen und leiden unter deren Folgen und Nachbehandlungen. In einer vom Wahid-Institut durchgeführten und am 1. August 2016 veröffentlichten Umfrage unter dem Titel „Das Potenzial für Radikalisierung sowie sozio-religiöse Intoleranz unter den Muslimen Indonesiens“ gaben 8,1 Prozent der Befragten an, dass sie radikale religiöse Ansichten teilen oder bereit wären, extremistische Taten wie etwa Angriffe auf Gotteshäuser zu verüben. In absoluten Zahlen hochgerechnet sind dies zwölf Millionen Einwohner Indonesiens. Auch die größte muslimische Organisation Indonesiens, die Nahdlatul Ulama (NU), welche mehr als 30 Millionen Mitglieder hat, sieht sich mit Forderungen nach einer Abkehr vom Prinzip des Islam Nusantara und der Hinkehr zu einer konservativeren Interpretation des Islam gerade von Vertretern der jüngeren Generation konfrontiert.

Dieser Trend wurde durch die Ereignisse unterstrichen, die rund um die Gouverneurswahl in Jakarta stattgefunden haben. Hier war nach der Wahl des bisherigen Amtsinhabers Joko Widodo zum Präsidenten Indonesiens 2014 dessen Stellvertreter Basuki Tjahaja Purnama, genannt „Ahok“ für die verbleibende Amtszeit gemäß geltendem Recht ohne Wahlen zum Gouverneur Jakartas ernannt worden. Dies war deshalb so bemerkenswert, weil Ahok einer doppelten Minderheit angehört: er ist nicht nur ethnisch chinesisch stämmig, sondern auch Christ und damit war er der erste Christ, der nach fünfzig Jahren diese wichtige politische Stellung einnahm.

Unmittelbar nachdem Ahok seine Kandidatur angekündigt hatte, verbreiteten einige muslimische Organisationen bereits, dass Muslime nicht von Nicht-Muslimen regiert werden dürften und diese daher auch nicht wählen sollten. Als schließlich ein (bearbeitetes) Video auftauchte, welches Ahok zeigt, wie er Muslime angeblich dazu aufruft, eine für dieses Verbot verwendete Koransure nicht falsch zu verstehen, kam es im November und Dezember 2016 in Jakarta zu Massenprotesten, die maßgeblich von der radikalen islamischen Gruppierung „Front Pembela Islam“ initiiert wurden.

Schließlich wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Blasphemie eingeleitet, einen Vorwurf den Ahok unter Tränen unter anderem mit Verweis auf seine muslimischen Pflegeeltern zurückwies.

Dennoch begleitete das Verfahren den ganzen Wahlkampf, genauso wie Äußerungen radikaler islamischer Gruppen, der Gouverneur gehöre ins Gefängnis. Doch Ahok gewann die erste Runde mit knapp über 43 Prozent deutlich, danach allerdings zeigte die anhaltende Kampagne gegen ihn Wirkung und Ahok wurde am 19. April 2017 mit 58 zu 42 Prozent geschlagen. Dass nur einen Tag nach diesem Ergebnis die Blasphemie-Vorwürfe heruntergestuft wurden und die Anklage nur noch auf Beleidigung des Islam lautete, ist zumindest bemerkenswert.

Am 9. Mai 2017 wurde Ahok wegen Blasphemie vom Distrikts Gericht Jakarta-Nord zu zwei Jahren Gefängnis wegen Blasphemie verurteilt. Er kann daher sein Amt nicht bis zur vorhergesehenen Übergabe am 31. Oktober 2017 ausüben, sondern muss es direkt an seinen (muslimischen)

Stellvertreter abgeben. Das Gericht ging mit seinem Strafmaß deutlich über die von der Staatsanwaltschaft beantragte Bewährungsstrafe hinaus. Wenn selbst ein hochrangiger Politiker wegen vorgeblicher Verstöße gegen das Blasphemie Gesetz ohne Weiteres verurteilt werden kann, wie viel mehr dann erst die religiösen Minderheiten ohne Schutz, wie die immer wieder von solchen Verfahren betroffenen Ahmadis und Schiiten, aber auch Christen? Diese Frage stellt der Südostasien-Korrespondent der FAZ völlig zu recht. Besonders fällt aber auf, dass der Leiter der radikalen islamischen FPI als Experte für die Entscheidung des Gerichts herangezogen wurde, was einen bedenklichen Präzedenzfall darstellt, weil er jedenfalls voreingenommen war. Natürlich ging es bei der Wahl nicht ausschließlich um religiöse Fragen, aber selbst die von keiner Seite in Frage gestellte finanzielle Integrität Ahoks und sein eindeutiges Auftreten gegen Korruption spielten am Ende keine Rolle mehr. Und natürlich ist es richtig, dass etwas Ähnliches in anderen großen islamischen Ländern wie Pakistan, dem Iran, Saudi-Arabien oder Ägypten unmöglich wäre, wie ein Beobachter sagte. In diesen Ländern hätte er fliehen müssen, säße im Gefängnis oder wäre ermordet worden. In jedem Fall sprechen Beobachter von dem „schmutzigsten, polarisierendsten und spaltendsten Wahlkampf, den das Land jemals gesehen hat“. Auch über den Wahlkampf hinaus wird diese Polarisierung Konsequenzen haben, vermutlich auch auf die Präsidenten- und Parlamentswahlen im Jahr 2019. Obwohl der Präsident selbst in einem Interview bestritten hat, dass der Islam in Indonesien konservativer und jedenfalls teilweise radikaler werde, hat die Regierung einen Aufruf gegen (die Gesellschaft) „spaltende Predigten“ veröffentlicht, mit dem der Minister für Religionsangelegenheiten an die sozialen Werte Indonesiens erinnerte. Ob dies radikale Gruppen wie die FPI eindämmen kann, erscheint zweifelhaft, jedenfalls ist die zunehmend konservative Ausprägung des Islam in Indonesien unübersehbar. Selbst ein so erfahrener und vorsichtiger Beobachter wie der bereits seit 56 Jahren in Indonesien lebende Jesuitenpater Franz Magnis-Suseno hat in einem Interview deutlich gemacht, dass der Islamische Extremismus auf dem Vormarsch ist und den größeren und moderateren Verbänden gerade unter Jugendlichen die Rolle streitig macht, für den Islam im Land zu sprechen.

### **3. Überblick über weitere Länder, in denen Menschen verfolgt werden**

#### **Irak**

Die Befreiung Mosuls vom sogenannten Islamischen Staat ist weitgehend abgeschlossen. Das angebliche Kalifat überdauerte keine drei Jahre, richtete aber enorme Verheerungen an, insbesondere unter den Minderheiten des Irak. Davon waren in besonderer Weise die Jesiden und die Christen betroffen. Doch ob die mehr als 80.000 Christen, die im Juni 2014 fliehen mussten, nunmehr in ihre traditionellen Siedlungsgebiete zurückkehren, ist völlig offen und nach Einschätzung von Experten sogar eher unwahrscheinlich. Ganze Städte und Dörfer sind zerstört, müssen wiederaufgebaut werden, und über allem schwebt die Frage der Sicherheit. Solange die Sicherheit für die christlichen Minderheiten nicht gewährt ist, werden jedenfalls die meisten Christen nicht zurückkehren. Zudem stellen sich zahllose soziale Probleme, sodass es zusätzlich darum geht, den Christen auch Einkommensquellen zu ermöglichen. In den Kurdengebieten ist das Leben für die Christen weitgehend sicher. Die vor kurzem stattgefundene Volksbefragung zu einer Unabhängigkeit Kurdistans vom Irak hat die Situation der Menschen in dem Gebiet aber zusätzlich verschärft. Politische Differenzen unter einzelnen kurdischen Parteien machen die Situation der Christen und Jesiden in diesem Gebiet oft schwieriger und meist werden sie einfach vergessen.

Unsere Partner dort von den orthodoxen christlichen Kirchen und der chaldäischen katholischen Kirche beklagen eine zunehmende Unsicherheit. Dennoch gelingt es den christlichen Kirchen und Gemeinschaften in dem Gebiet zu helfen, Projekte durchzuführen und so die Situation der Christen zu stabilisieren. Besonders großer Wert wird darauf gelegt, dass Christen wieder in ihre Dörfer, die lange vom IS gehalten wurden zurückkehren können. Projekte unserer Landeskirche unterstützen vor allem junge Ehepaare, die sich eine Existenz aufbauen wollen, Familien, die in ihre Dörfer zurückkehren können und Kinder und Jugendliche, denen ein Schulbesuch ermöglicht wird. Dies wäre ohne die Duldung und ausdrückliche Unterstützung der kurdischen Regierung nicht möglich. Deshalb ist es auch zu begrüßen, dass das Land Baden Württemberg in der Region Dohuk

vermehrt Hilfsprojekte durchführt und hier in Baden-Württemberg auch in Zukunft die Trauma Arbeit mit rund 2000 betroffenen jesidischen Frauen weiterführt. Viele dieser jesidischen Frauen werden erfolgreich auch in unseren evangelischen Kirchengemeinden betreut. Allein im vergangenen Jahr haben die fünf Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (PSZ) in Baden-Württemberg 2083 Patienten aus über 35 Nationen behandelt. Der für die Aufnahme von rund 1000 jesidischen Frauen und Kindern nach Baden-Württemberg zuständige Referent im Baden-Württembergischen Staatsministerium, Michael Blume, erklärte erst vor kurzem, dass man an diesem Programm festhalten wolle und andere Länder in Deutschland bereits ähnliche Projekte verfolgten. Ebenfalls sind in Baden-Württemberg derzeit 6825 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge registriert. Die Zahl für Gesamtdeutschland liegt bei 51.068. Archimandrit Emmanuel Youkhana aus Dohuk berichtete erst vor wenigen Tagen bei einer Konferenz zum Thema „Verfolgte Christen“ auf dem Schönblick bei Schwäbisch Gmünd vom großen Willen vieler, in ihre Heimatdörfer zurückkehren zu können. Seine Organisation CAPNI sowie die andere große christliche Organisation Assyrian Aid Society AAS in Kurdistan haben sich vor allem das Thema „Bildung“ und die Versorgung der Geflüchteten zu eigen gemacht und wollen – auch mit unserer Unterstützung – dazu beitragen, dass Christen in dieser Gegend wieder sicher leben können. Derzeit kämen in Kurdistan auf 1000 Einwohner 250 Geflüchtete. Aber keiner dieser Geflüchteten würde zurückgeschickt.

## **Afghanistan**

Der Islamische Staat, IS oder Daesch genannt, ist mittlerweile aus allen seinen Hochburgen vertrieben. Nur wenige Gebiete im Westen Syriens nennt er noch sein eigen. Man sollte allerdings nicht den Fehler machen zu glauben, dass mit der Vertreibung des sogenannten Islamischen Staates aus dem Irak und aus Syrien nun auch das Problem an sich gelöst sei. Vielmehr hat sich das Gift seiner Ideologie verbreitet und wird etwa in Asien weitere Probleme schaffen. Sichtbar wurde dies, wie bereits erwähnt, etwa in Indonesien. Aber auch in Afghanistan, einem Land, von dem man lange Zeit annahm, das Problem radikaler islamischer Gruppierungen habe den Namen „Taliban“, taucht verstärkt der Islamische Staat auf. Afghanistan ist eines der wenigen Länder der Welt, in denen offiziell weder Christen noch Kirchengebäude existieren. Die wenigen afghanischen Christen, die es dennoch gibt, stammen aus einem muslimischen Hintergrund und müssen ihren Glauben im Verborgenen leben.

Der „Islamische Staat“ ist im Land immer sichtbarer geworden, vor allem dadurch, dass er Anschläge auf Sicherheitskräfte verübt hat. Es scheint, als ob seine Ideologie und Strategie gerade für jüngere Kämpfer der Taliban anziehend sind. Folgerichtig verüben auch die Taliban weitere Anschläge, schon um zu zeigen, wer die Vormachtstellung hat. Im März 2017 haben die Taliban behauptet, 34 Distrikte zu beherrschen und in vielen weiteren zu kämpfen. Zudem steht Afghanistan vor gewaltigen sozialen Problemen. Nicht nur, dass es ohnehin schon schwierig ist, den vorhandenen Bürgern Perspektive und eine Arbeit zu geben, nun hat auch noch das Nachbarland Pakistan begonnen, afghanische Flüchtlinge abzuschieben, sodass Schätzungen zufolge seit Sommer 2016 etwa 600.000 Afghanen wieder in eine Heimat zurückgekehrt sind, die sie kaum kennen. Pakistan droht zudem, die noch weiter im Land verbliebenen zwei Millionen afghanischen Flüchtlinge zurückzuschicken. Welche Belastung dies für die Zukunft des Landes wäre, kann man sich vorstellen. Besonders, wenn man bedenkt, dass die Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr von offizieller Seite als erstes zu hören bekommen, sie sollten „geduldig sein“. All diese Unsicherheiten im Land führen dazu, dass sich die wenigen Christen so gut verborgen halten, wie es geht. Viele zurückgeschickte Asylbewerber aus Afghanistan fürchten um ihr Leben und die zahlreichen Anschläge in dem Land sprechen ihre eigene Sprache. Noch nie war der Satz der früheren EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann so aktuell wie heute in dem Land: Nichts ist gut in Afghanistan.

## **Iran**

Während im Iran politisch seit einiger Zeit die Eiszeit beendet scheint und die internationale Isolation zwar langsam, aber doch spürbar zurückgeht, erleben die Christen im Land keine Veränderung zum Positiven. Weiterhin sitzen Dutzende Christen aufgrund ihres Glaubens in den

verschiedenen Gefängnissen des Landes, darunter unter anderem auch im berüchtigten Evin-Gefängnis. Es werden auch immer noch Christen ohne Grund verhaftet, wie etwa anlässlich eines Picknicks im August 2016. Aufgrund der weiterhin schwierigen Situation für Christen verlassen viele das Land, darunter auch Konvertiten, um in Europa oder den USA ein neues Leben zu beginnen. Zwar kommen immer wieder auch inhaftierte Pastoren und Gemeindeleiter frei, wie etwa Pastor Behnam Irani am 17. Oktober 2016, dennoch haben Christen keine Sicherheit im Land. Dies hat sich auch nicht durch die erneute Wahl Präsident Rouhanis am 20. Mai 2017 geändert, da die tatsächliche Gewalt im Iran der Oberste Geistliche und Revolutionsführer ausübt. Menschen, die aus dem Iran nach Deutschland geflohen sind, finden Zuflucht in unseren Kommunalen Gemeinden und Kirchengemeinden. Die Iraner, die zu uns kommen, sind interessiert an unserem gottesdienstlichen und an unserem Gemeindeleben. Viele wollen getauft werden. Andere wiederum kommen schon als Christen aus dem Iran und wollen nun ihr Christsein in Deutschland offen und frei leben. Wir hoffen, dass bald zu den bereits existierenden 71 Gemeinden anderer Sprache und Herkunft eine iranische Gemeinde dazu kommt. Auch planen wir einen Studien-Tag, an dem betroffene Gemeindepfarrerinnen und -Pfarrer sowie Interessierte sich über eine angemessene Aufnahme von Iranern bei uns austauschen können.

## Ägypten

Der ägyptische Präsident al-Sisi hat die koptischen Christen nach Anschlägen auf ihre Kirchen besucht und sich öffentlich auf ihre Seite gestellt. Dennoch hat der koptische Bischof Makarios in einem Interview im Juli 2016 betont, dass Ägypten weiterhin an schwerer Diskriminierung gegen die christliche Minderheit kranke. Ein deutliches Zeichen hierfür ist das im August 2016 verabschiedete und erneut Christen diskriminierende Gesetz zum Bau von Kirchengebäuden. Neben der Diskriminierung durch die Gesellschaft sehen sich die Christen des Landes aber auch wieder zunehmender Gewalt ausgesetzt, da auch in Ägypten die Ideologie des sogenannten Islamischen Staats auf fruchtbaren Boden fällt. Dies wurde besonders sichtbar in dem Bombenanschlag auf die St. Markus Kathedrale in Kairo am 11. Dezember 2016, bei der 25 Menschen ums Leben kamen, wie auch bei dem Doppelanschlag auf zwei Kirchen in Tanta und Alexandria am Palmsonntag 2017, den 9. April 2017, bei dem mindestens 49 Menschen ums Leben kamen. Weitgehend unbeachtet für das Sicherheitsgefühl der koptischen Christen aber von nicht geringerer Bedeutung, ist die Ermordung einer ganzen Serie einzelner Christen, die ohne Aufklärung bleibt. Obwohl die koptischen Christen etwa fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung Ägyptens ausmachen und damit einen größeren Anteil der Bevölkerung stellen als in den meisten anderen Ländern der Region, finden sie keine Sicherheit. Da Ägypten zudem von allen Ländern des Nahen Ostens bei Weitem die größte Zahl an Christen beheimatet, hat das Ergehen der ägyptischen Christen Signalwirkung für alle anderen Christen der Region. Bei einem Besuch bei Präsident Al Sisi vor zwei Wochen in Ägypten konnte sich die Präsidentin des Gustav Adolf Werkes GAW in Deutschland, Prälatin Gabriele Wulz, ein eigenes Bild der Situation machen. Al-Sisi betonte in dem Gespräch, dass das Verhältnis zur koptischen Kirche gut wäre und dass der ägyptische Staat alles dran setzen werde, die Sicherheit der koptischen Christen im Lande zu gewährleisten.

Ein Nebeneffekt dieser Sicherheit ist dann aber auch, dass etwa die Kirchenleitung der koptischen Kirche mit ihrem Papst Tewadros II., in einer Art Festung mit drei Stahltores gesichert ihren Geschäften nachgeht. Ein Oberkirchenrat, der am Eingang mit zahlreichen schwerbewaffneten Polizisten gesichert werden muss.

Bei den Feierlichkeiten zum Reformationsjubiläum der kleinen evangelischen Kirche in Ägypten musste die Festveranstaltung in Kairo gar mit drei Hundertschaften der Polizei begleitet werden. Kein entspanntes Klima zum Feiern.

Als dann am vergangenen Freitag bis zu 250 Menschen getötet und über 150 Menschen verletzt wurden, als sie sich in ihrer Moschee auf dem Sinai zum Gebet versammelt hatten, wurde der weltweiten Öffentlichkeit wieder einmal vor Augen geführt, dass der IS zwar regional bekämpft und vertrieben werden kann, dass aber seine Anhänger global agieren, und weiterhin extremistische Ideologen und hasserfüllte Strippenzieher junge Menschen in den Tod treiben und zahlreiche Opfer mitreißen. In diesem Fall war wohl der islamische Sufismus das Ziel der Mörder, die in die Al-Rawdha-Moschee im Nordsinai-Städtchen Bir al-Abed ihre Bomben warfen. Der dem

salafistisch-puristischen Islam nahestehende IS verfolgt mittlerweile alle abweichenden islamischen Glaubensrichtungen genauso grausam wie andere Religionen.

## **Libanon**

Mit rund 30 Prozent Christen im Land gilt der Libanon als das Land in der Region mit dem höchsten Anteil an Christen. Unsere Landeskirche hat durch die Kontakte unseres Missionswerkes eine enge Beziehung zur Evangelischen Kirche in Beirut. Über das Gustav Adolf Werk gibt es gute Kontakte zur Synodenkirche in Libanon und Syrien und weitere Missionswerke unterhalten traditionsgemäß zahlreiche gute Kontakte in die Region. Vor allem an den Grenzen zu Syrien ist es für viele Christen nicht leicht, friedlich in ihren Dörfern zu leben. Immer wieder werden sie von Milizen jenseits der Grenze angegriffen. Erst vor kurzem haben im nordlibanesischen Ras Baalbek Selbstmordattentäter zahlreiche Menschen in den Tod gerissen.

Als Landeskirche möchten wir dazu beitragen, dass Christen in dieser Nah-Ost Region und speziell im Libanon Sicherheit und ein Auskommen haben. Bei einem Besuch in der Region konnte ich mir selbst ein Bild davon machen, wie durch sinnvolle Landwirtschaftsprojekte und Beschäftigungsprogramme oder einkommensschaffende Maßnahmen die christliche Bevölkerung eine Chance auf Existenz in dem Land hat. Christen sind in der Region ganz besonders geschätzt als Vermittler, sie sind oft die Einzigen, die mit beiden muslimischen Parteien, den Sunniten und den Schiiten Kontakte haben und reden können. Mit medizinischen Projekten soll die Hilfe sowohl für Christen als auch Muslime in der Gegend gefördert werden.

Dekaninnen und Dekane, Schuldekaninnen und Schuldekane des Sprengels Heilbronn, sowie Mitglieder des MÖE-Ausschusses konnten sich erst vor wenigen Monaten selbst ein Bild der Situation im Libanon machen und haben ja in der Synode hier auch darüber berichtet. Dass der libanesischer Ministerpräsident Hariri erst vor kurzem zuerst sein Land verlassen und von Saudi Arabien aus seinen Rücktritt erklärt hatte, dann aber über Frankreich wieder in sein Land zurückgekehrt und den Rücktritt vom Rücktritt erklärt hat, trug zusätzlich zur Unsicherheit in der Region bei.

Unser Partner im Land, der Bischof der evangelischen Kirche in Beirut, Pfarrer Habib Badr, erklärte vor wenigen Tagen in einem Telefongespräch, dass die Lage im Land selten so angespannt gewesen sei und der Großkonflikt zwischen den Supermächten Iran und Saudi Arabien nun auch das kleine Land Libanon wieder mit voller Härte getroffen habe. Welche weiteren Auswirkungen dieser Nationen- aber auch Religionskrieg zwischen Sunniten und Shiiten weltweit noch haben wird, ist derzeit überhaupt nicht abzusehen. Doch dass sich die Fronten verhärten ist unübersehbar und dass dabei Hunderttausende umkommen und leiden wird am Beispiel Jemen deutlich, wo kaum Hilfsgüter das Land erreichen und die Bevölkerung in einem Maße leidet, das unvorstellbar ist.

## **Syrien**

Die Lage in dem Land stabilisiert sich zunehmend. Die meisten vom IS gehaltenen Gebiete sind befreit und die syrische Armee hat mit tatkräftiger Unterstützung von Russland weite Teile des Landes wieder unter Kontrolle. Doch ein geregelteres Leben ist weiterhin völlig unmöglich. Erst vor kurzem konnten uns Besucher aus Aleppo davon berichten, wie instabil die Lage sei und wie sehr man weiterhin und vermehrt auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen sei. Hier war die Aussage unseres Besuchers etwas frustrierend und ernüchternd, der davon berichtete, dass die Solidarität der einzelnen Kirchen untereinander nicht sehr ausgeprägt sei, und jeder eben schauen müsse wo man bleibe.

Immer noch werden zahlreiche Menschen in Syrien vermisst. Ich möchte an die zwei entführten Bischöfe erinnern, von denen es immer noch keine Lebenszeichen gibt. Der syrisch-orthodoxe Erzbischof Mor Gregorios Yohanna Ibrahim und sein Kollege, der griechisch-orthodoxe Erzbischof Boulos Yazigi wurden vor viereinhalb Jahren auf der Fahrt zu ihrem Dienstsitz in Aleppo entführt und seitdem fehlt von ihnen jede Spur.

## **Nigeria**

Nigeria ist leider seit vielen Jahren Thema in diesem Bericht. Und ebenfalls über viele Jahre war die Situation der Christen, vor allem im Norden des Landes, mit der islamischen Terror-Gruppe Boko Haram verbunden. Diese existiert noch immer, und 2017 hat sich die Entführung von 276 überwiegend christlichen Mädchen aus Chibok zum dritten Mal gejëhrt, ohne dass die Mehrzahl von ihnen wieder mit ihren Eltern vereint wäre. Diese Aussage gilt immer noch, ungeachtet der Tatsache, dass die nigerianische Regierung am 7. Mai 2017 nach langen Verhandlungen 82 Mädchen im Austausch gegen fünf Führer der Boko Haram freibekam. Die Schweizer Regierung hat hier große Verdienste bei den Verhandlungen erworben. Aber das heißt, fast 200 Mädchen sind immer noch in der Gewalt ihrer Entführer. Zudem geht die Regierung mit internationaler Unterstützung nunmehr ernsthafter gegen Boko Haram vor, wobei dies im Wesentlichen bedeutet, die radikalen islamischen Kämpfer aus dem eigenen Staatsgebiet zu vertreiben. Das hat zur Folge, dass auch Nachbarstaaten wie Niger, Tschad oder Kamerun unter der von Boko Haram verübten Gewalt zu leiden haben und gerade in Kamerun trifft dies wiederum Christen.

Mit der zunehmenden Vertreibung Boko Harams aus Nigeria ist aber nicht alles gut für die Christen in den nördlichen und zentralen Bundesstaaten des Landes. Zum einen gibt es weiterhin Hunderttausende Binnenflüchtlinge, die Hilfe brauchen. Zum anderen aber gehen Fulani-Viehhirten in den zentralen Bundesstaaten mit großer Brutalität gegen vorwiegend christliche Bauern vor. In jüngster Zeit haben vor allem Angriffe auf Christen im Bundesstaat Benue Schlagzeilen gemacht, das Problem ist aber bereits älter, und auch wenn die Verteilung von Ressourcen wichtig ist, geht es doch um einen religiösen Konflikt. Dies wurde durch eine Reihe von ausführlichen Berichten durch das „Nigeria Conflict Security Analysis Network“ festgestellt, wobei einzelne Berichte die Bundesstaaten Taraba und Nasarawa beleuchten.

## **Sudan**

Ein weiterer Brennpunkt, was die Situation der Christen in Afrika angeht, ist der Sudan. Während die Diskriminierung und auch Vertreibung von Christen aus dem Land weitergeht und auch Kirchengebäude immer wieder beschlagnahmt oder zerstört werden, waren die Schlagzeilen im Berichtszeitraum davon bestimmt, dass ein christlicher Entwicklungshelfer aus der Tschechischen Republik wegen angeblicher Spionage zu zwölf Jahren Haft verurteilt und am 23. Februar 2017 begnadigt wurde. Seine beiden „Mitverschwörer“, sudanesishe Christen, wurden erst am 11. Mai, ebenfalls aufgrund internationaler Bemühungen, etwa durch die EU, freigelassen. Während dessen geht die umfangreiche Zerstörung von Kirchengebäuden – in manchen Fällen die letzte verbliebenen Kirche in einem Stadtteil der Hauptstadt – und der Kampf gegen die vorwiegend christliche Bevölkerung in den Nuba-Bergen weiter.

Nicht unerwähnt soll die Situation der Menschen im neu gegründeten Staat Südsudan bleiben. Der überwiegend christliche Südsudan war das am meisten unterstützte Land durch Missionsgesellschaften und Entwicklungsorganisationen. Enorme Summen an Hilfsgeldern flossen in das Land und man hoffte, dass nach der Unabhängigkeit ein geregeltes Leben für alle Volksgruppen möglich sein würde. Doch die Realität sind brutale und gradenlose Kämpfe um die Ölfelder und ein tief gespaltenes und am Boden liegendes Land, dessen Einwohner kaum mehr Hoffnung haben

## **Türkei**

Obwohl die Türkei durch den gescheiterten Putschversuch und den darauf folgenden Umbau des Staats immer wieder in allen Nachrichten ist, hat sich für die wenigen Christen im Land die Situation nicht gravierend verschlechtert. Sie genießen auch weiterhin nur sehr eingeschränkte Freiheiten und müssen mit Äußerungen in der Öffentlichkeit vorsichtig sein. Die Entlassungs- und Verhaftungswelle im öffentlichen Dienst hat sie nicht betroffen, da Christen ohnehin kaum im Staatsdienst beschäftigt sind. Auch der Prozess zur Aufklärung und Verurteilung der Morde von Malatya 2007 ist in seinem zehnten Jahr kaum vorangekommen. Die türkischen Behörden haben im Oktober 2016 allerdings einen US-amerikanischen Pastor verhaftet, weil er angeblich mit der Gülen-Bewegung in Verbindung stehen soll. Dies hat die Unsicherheit in der kleinen christlichen Gemeinschaft der Türkei noch verstärkt. Ein positives Zeichen war aber, dass das Verfassungsgericht die Ausweisung eines weiteren (kanadischen) Pastors gestoppt hat. Dennoch stellen sich die Christen auf schwierigere Zeiten ein.

Unsere syrisch-orthodoxen Partner aus der Südtürkei, also der Region Turabdin um die Provinz Mardin berichten davon, dass die Situation der Christen sich stabilisiert habe und dass sie einem geregelten Leben nachgehen können. Auch dass Religionsunterricht an den Schulen in diesem Gebiet möglich ist.

## **Malaysia**

Ein kurzer Blick soll auch nach Malaysia gehen, weil sich dort Ungewöhnliches getan hat. Über viele Jahre war das Land ganz ähnlich wie sein Nachbar Indonesien als tolerantes islamisches Land bekannt und galt als eine Art Musterfall. Dies hat sich in den letzten Jahren jedoch geändert. Am 3. Februar 2017 wurde am helllichten Tag und auf offener Straße ein protestantischer Pastor, Raymond Koh, nahe der Hauptstadt Kuala Lumpur entführt. Diese Entführung wurde mit mehreren Fahrzeugen sehr professionell durchgeführt. Obwohl von Überwachungskameras aufgezeichnet, sind bis heute weder Lösegeldforderungen noch sonstige Hinweise aufgetaucht. Neben weiteren Aktivisten der Zivilgesellschaft war zudem bereits im November 2016 das Pastorenehepaar Joshua und Ruth Hilmy entführt worden. Dass es Bestrebungen gab und weiterhin gibt, das islamische Scharia-Strafrecht in einzelnen Bundesstaaten einzuführen, zeigt ebenfalls, dass der Islam eine immer prominentere Rolle spielt, auch wenn die Bemühungen momentan auf Eis liegen. Die christliche Minderheit in Malaysia ist sehr besorgt und sieht zudem einem Wahlkampf für Parlament und Präsidentschaft entgegen, in welchem die religiöse Karte noch mehr als früher gespielt werden dürfte.

## **Bangladesch**

Ein weiteres mehrheitlich islamisches Land, welches in dieser Übersicht erwähnt werden muss, ist Bangladesch. Der Angriff auf ein Café in Dhaka, bei dem am 1. Juli 2016 22 Personen ums Leben kamen, ist nur ein Zeichen dafür, dass der sogenannte Islamische Staat auch in diesem Land Fuß gefasst hat, auch wenn die Regierung weiterhin behauptet, ausschließlich einheimische radikale islamische Gruppierungen seien hierfür verantwortlich. In einer ganzen Serie von tödlichen Angriffen wurden Blogger, aber auch Angehörige religiöser Minderheiten umgebracht. Darunter waren auch vier Christen, darunter zwei Konvertiten. Zudem sehen sich auch Angehörige ethnischer Minderheiten wie die Santal, die Christen sind, teils tödlichen Angriffen ausgesetzt. Nicht wirklich zur Beruhigung der Lage beitragen wird auch, dass das Königreich Saudi-Arabien 10,8 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellt, um in Bangladesch 560 weitere Moscheen zu bauen. Derartige Geschenke sind mit der unausgesprochenen Vorgabe verbunden, dort die in Saudi-Arabien herrschende Auslegung des Islam zu verkünden, also den sehr konservativen Wahabismus.

## **Indien**



Verfolgung und Bedrängung von Christen sind aber keine Phänomene, die es nur in islamischen Staaten gibt. Ein in den letzten Jahren immer Besorgnis erregenderes Beispiel hierfür ist Indien. Das Land wird seit 2014 von einem hindu-nationalistischen Premierminister regiert, welcher der „Bharatiya Janata Party“ (BJP) angehört. Obwohl das Kastenwesen seit 1947 offiziell abgeschafft ist, bestimmt es doch weiterhin die Gesellschaft. Bemühungen, ein landesweites Anti-Konversionsgesetz zu verabschieden, waren bisher nicht erfolgreich, jedoch bestehen solche Gesetze in fünf Bundesstaaten weiterhin und um Druck auf Konvertiten auszuüben, bedarf es keiner Gesetze. Angriffe auf Christen und Versammlungsräume sind allgegenwärtig, aufgrund der BJP-Regierung werden Übergriffe gegen Christen kaum je verfolgt. Eine katholische Organisation schätzt die Anzahl von Übergriffen auf Christen für das Jahr 2016 auf 12.000. Für Februar 2017 berichtete die „Evangelical Fellowship of India“ von 20 Übergriffen, wobei es sich hierbei nur um gemeldete und bestätigte Vorfälle handelt. Die Dunkelziffer dürfte hoch sein, weil Übergriffe auf dem Land aufgrund der schlechteren Infrastruktur und der geringeren Möglichkeiten der Betroffenen, seltener gemeldet werden. Weltweite Schlagzeilen machte auch die Entscheidung der indischen Regierung, die Arbeit des christlichen Hilfswerks Compassion nach 49-jähriger Tätigkeit zu verbieten, da es Geld aus dem Ausland empfängt und nicht in die von der Regierung propagierte Ideologie passt. Dass dabei allein durch das Verbot dieses einen Hilfswerks nach dessen Angaben 145.000 Kinder ohne Hilfe bleiben, scheint der Regierung hingegen gleichgültig zu sein. Da die jüngsten Regionalwahlen den Nationalisten weitere Gewinne beschert haben, unter anderem im bevölkerungsreichsten Bundesstaat (Uttar Pradesh mit 225 Millionen Einwohnern), ist jedenfalls auf kurze Sicht für die christliche Minderheit keine Verbesserung zu erwarten. Vertreter der Church auf South India und North India berichten, dass oftmals die Speisevorschriften für Hindus auch für Christen gelten sollen und so manche christlichen Kirchen zusätzlich unter Druck gesetzt werden.

## China

Es mag verwundern, dass in dieser Übersicht auch China auftaucht, aber die Regierung hält Religionen und offenbar besonders Christen für so gefährlich, dass sie eine neue Regulierung erlassen hat. Die Kampagne in der Provinz Zhejiang, in deren Verlauf viele Kreuze niedergedrückt und zerstört wurden, ist seit Mai 2016 beendet. Gemeindeversammlungen werden jedoch weiterhin gestört oder sogar aufgelöst, wenn die Behörden dies aufgrund der Anwesenheit von Ausländern, Medienvertretern oder großer Teilnehmerzahl für nötig halten. In Zhejiang wurden Hauskirchen Anfang September 2016 anlässlich des G-20-Gipfeltreffens angehalten, ihre Treffen einzustellen. Einige Beobachter fühlen sich durch die Rhetorik und ideologische Einstellung von Präsident Xi Jinping sogar an Mao Tse Tung erinnert. Parteiorgane wie die Zentralkommission zur Kontrolle der Disziplin gewinnen an Macht und haben im Berichtszeitraum sogar eine Untersuchung der Religionsverwaltung vorgenommen.

Bemerkenswert ist aber vor allem, dass die Partei am 8. September 2016 einen Entwurf für eine Verordnung zur Regelung von Religionen veröffentlichte. Ob und inwieweit die Regierung diesen Entwurf tatsächlich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Klar ist aber, dass es sich um weiter einschränkende Regeln handelt. Hierbei scheint es vorwiegend um vier Ziele zu gehen: 1) die Kirchen müssen sich „sinisieren“ (also sich der chinesischen Kultur und Tradition anpassen), 2) sie müssen legal werden (sofern sie es nicht sind), 3) Behörden müssen Religionen besser verstehen lernen, um sie steuern zu können und 4) hierfür zuständige Beamte müssen gestärkt werden, im Sinne der kommunistischen Ideologie. Eine bisher offene Frage ist, ob diese Verordnung es bisher nichtregistrierten Gemeinden ermöglichen wird, einen legalen Status zu erlangen. In solchen oft missverständlich auch „Hauskirchen“ genannten Gemeinden versammelt sich die Mehrheit chinesischer Christen. Offen ist auch, welche Voraussetzungen diese Gemeinden für die Registrierung erfüllen müssten und ob sie bereit dazu sind.

Des Weiteren ist am 1. Januar 2017 ein Gesetz zur Regulierung von Nichtregierungsorganisationen in Kraft getreten, auch hier sind die Auswirkungen auf die Kirche nicht klar. Das Ziel des Gesetzes dagegen scheint klar: verstärkte Kontrolle und gegebenenfalls auch Beschränkung solcher Organisationen. Auch die Gespräche mit dem Vatikan zwecks Anerkennung der katholischen Kirche und der Ernennung von Bischöfen sowie anderer Fragen

sehen sich großen Hürden ausgesetzt. Ein deutlicher Hinweis auf das politische und gesellschaftliche Klima in China sind die neuen Regulierungen für Online-Nachrichten. Demnach dürfen ab dem 1. Juni 2017 nur noch in staatlicher Hand befindliche Medien Nachrichten verbreiten oder Kommentare veröffentlichen. Ob und wie dies durchgesetzt werden kann, ist noch nicht klar, man sollte allerdings nicht die Entschlossenheit der Behörden unterschätzen. Gleiches gilt für das bereits früher im Jahr 2017 verkündete Verbot des Einsatzes sogenannter virtueller privater Netzwerke (VPN), welche helfen, unerkannt Zugang zu im Land gesperrten Seiten zu erhalten.

Trotz all dieser Widerstände wächst die chinesische Kirche weiter und übertrifft nach Einschätzung etlicher Beobachter die Anzahl der Anhänger der kommunistischen Partei zahlenmäßig deutlich. Diese beläuft sich auf rund 88 Millionen. Einige Schätzungen gehen von 130 Millionen Christen aus. Der Religionssoziologe Rodney Stark berechnet in seinem Buch „A star in the East: the rise of Christianity in China“ (2015), dass sich die Zahl der Christen in China im Jahr 2030 auf 295 Millionen belaufen würde, sollte sich das Wachstum der letzten Jahrzehnte von schätzungsweise 8 % pro Jahr unvermindert fortsetzen. Damit wäre China weltweit die Nation mit der größten Zahl von Christen. Auch wenn man Zweifel an diesen Vermutungen und Kalkulationen haben mag, lassen sie doch vermuten, warum die Kommunistische Partei Chinas sich über die Christen im Land Gedanken macht: sie stellen die größte gesellschaftliche Organisation außerhalb ihrer Kontrolle dar. Christliche Flüchtlinge, die zu uns geflohen sind, berichten von massiver Unterdrückung in manchen Gebieten und von ihrer Sorge um Leib und Leben. Deshalb haben sie oft auch kein Verständnis für die Haltung der deutschen Behörden, die China als sicheres Herkunftsland einstufen, und so gut wie kaum einen anerkannten Asylstatus gewähren.

## Myanmar

Eine Flüchtlingskatastrophe ungeahnten Ausmaßes hat sich in den letzten Monaten in Myanmar, dem früheren Burma, zugetragen. Mehr als 700.000 Rohingya sind in den vergangenen Wochen ins Nachbarland Bangladesch geflohen. Die religiöse Minderheit, die den muslimischen Glauben hat, lebt seit Generationen in Myanmar. Im mehrheitlich buddhistischen Myanmar gelten sie als Staatenlose. Der Regierung in Myanmar wird zusammen mit ihrem Militär vorgeworfen, die gewaltsame Vertreibung der gesamten Rohingya-Minderheit nach Bangladesch voranzutreiben. Der UN-Hochkommissar in Genf erklärte, Männer, Frauen und Kinder der muslimischen Volksgruppe würden gezielt terrorisiert, ihre Behausungen und Felder niedergebrannt. Bewaffnete buddhistische Bürger hätten zusammen mit dem Militär und Polizei bei der brutalen Verfolgung geholfen. Derzeit entsteht in Bangladesch das größte Flüchtlingslager der Welt, um all die Flüchtlinge aufzunehmen. Dass viele dieser Geflüchteten trotz Angeboten der Regierung in Myanmar nicht zurückkehren wollen, ist nur zu verständlich angesichts der Gräueltaten, denen sie in Myanmar ausgesetzt waren. Dass Papst Franziskus eben jetzt in diese Region reist, ist ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den leidenden Menschen dort, ganz gleich, welcher Religion sie angehören.

Ich komme zum Schluss:

Volker Kauder, der Fraktionsvorsitzende der CDU im Bundestag hat bei dem oben erwähnten Kongress auf dem Schönblick erklärt, dass Christen in Konfliktregionen immer eine positive Sonderrolle spielen können. Oft rächten sie sich nicht für das, was ihnen angetan wurde: „Wir reagieren nicht mit Hass auf Hass und nicht mit Tod auf Tod“, so Kauder. Er fasst damit zusammen, was viele christliche Führer im Nahen Osten immer wieder betonen: Dass Christen eine ausgleichende, vermittelnde und oft auch deeskalierende Rolle spielen können. Darin sollten wir sie unterstützen. Auch die von vielen immer wieder ins Spiel gebrachte Alternative, ob man die wenigen im Konfliktgebiet Verbleibenden unterstützen sollte oder nicht doch besser die Ausreise in sichere Ländern fördern sollte, darf keine Alternative mehr sein. Wir müssen für die da sein, die den Weg zu uns gefunden haben, oft unter mühsamen Entbehrungen und mit Gefahr für Leib und Leben verbunden wie die zahlreichen Toten im Mittelmeer zeigen, aber wir müssen auch denen zur Seite stehen, die in ihrer Heimat ausharren wollen. Die die Hoffnung für sich und ihre Familien nicht aufgeben wollen. Deshalb ist es ein deutliches Zeichen unserer Synode, dass Gelder nicht

nur in die Betreuung der Geflüchteten hier in Württemberg fließt, sondern auch in Projekte in den Ländern des Nahen Osten, Afrikas und weltweit.

Mit diesen Mitteln können wir zum Teil auch unsere Schwesterkirchen in Italien, Griechenland, Ungarn und Österreich unterstützen, wenn sie Geflüchtete aufnehmen, sie versorgen, ihnen eine Unterkunft beschaffen oder einen Arbeitsplatz suchen. Dies geschieht oft auch gegen den Willen der Regierung wie das Beispiel Ungarn leider zeigt, wo Geflüchtete immer noch rigoros abgewiesen werden.

Ich möchte schließen mit dem Satz aus dem Matthäusevangelium, wo Jesus sagt: „Was ihr einem meiner geringsten Brüder (und Schwestern) getan habt, das habt ihr mir getan“. Mt.25,40. In diesem Sinne können wir auch in Zukunft noch sehr viel mehr für den Herrn unserer Kirche tun. Ich danke Ihnen.

Kirchenrat Klaus Rieth